

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends. Monatsbezugspreis 0,50 Goldmark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands
Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. Et.

Anzeigen: Für die dreigespaltene Petitzelle oder deren Raum 0,80 Goldmark, für Versammlungsanzeigen 0,20 Goldmark pro Zeile.

Um den Arbeitslohn.

Wie der deutsche Arbeiter lebt, ist allgemein bekannt. Sein Arbeitseinkommen zwingt ihn zu äußerster Sparsamkeit, stärkster Einschränkung. Noch wirken die furchtbaren Entbehrungen der Inflationszeit nach. Zwar sind mit der Stabilisierung der Währung auch die Löhne stabil geworden. Ohne Zweifel ein großer Fortschritt. Aber die Reallohne liegen durchweg noch erheblich unter Friedenslohn, während auf die Lebenshaltungskosten das Umgekehrte zutrifft; sie stehen über dem Friedensstand. So ist das Streben des deutschen Arbeiters nach Verbesserung seines Arbeitseinkommens nur zu berechtigt. Hier aber begegnet er dem allerheftigsten Widerstand der Unternehmer, so daß er des öfteren gezwungen ist, zu dem letzten Mittel seine Zuflucht zu nehmen: zum gewerkschaftlichen Kampf. Dann aber wütet das Unternehmertum über die Begehrlichkeit der Arbeiter, über die Schäden, die durch den Ausfall an Arbeit der Volkswirtschaft entstehen. Daß es selbst die Volkswirtschaft dauernd schädigt dadurch, daß es den Arbeitern Schundlöhne zahlt, ihre Kaufkraft schwächt, ihren Konsum verringert und dadurch Krisenwirkungen erzeugt, das darf das Unternehmertum nicht zugeben.

Aber nicht allein, daß sich das Unternehmertum gegen das Streben der Arbeiterschaft nach höheren Löhnen richtet, es wendet sich mit aller Schärfe auch gegen die bestehenden Löhne, die nach seiner Meinung zu hoch und für die deutsche Wirtschaft nicht tragbar sind. Lohnabbau ist seine Parole, für die es auch die öffentliche Meinung einzunehmen sucht. Wenn diese Parole bisher nicht den gewünschten Erfolg hatte, so ist das ausschließlich den Gewerkschaften zu danken, die ein solches Vorhaben mit aller Energie bekämpften.

Allein das Unternehmertum kämpft einen zähen Kampf, ihm stehen alle Hilfsmittel zu Gebote; es kann sich diesen Kampf schon etwas kosten lassen, trotz der wirtschaftlichen Nöte, über die es fortwährend so laut und vernehmlich klagt. Und wenn gar nichts mehr helfen will, dann versucht man es mit einer „Denkschrift“ von der Art, wie wir sie bereits in der vorigen Nummer unseres Blattes kennengelernt haben.

Was von der Denkschrift über die Arbeitszeitfrage gesagt ist, trifft in vollem Maße auch auf die über die Lohnpolitik zu. Der Zweck heiligt die Mittel. Daß bis jetzt eine Gesundung unserer Wirtschaft nicht erreicht werden konnte, verschuldet nach Ansicht der Unternehmer allein die gewerkschaftliche Lohnpolitik. Das Sachverständigen-gutachten in allen Ehren. Aber wenn die in ihm enthaltenen Verpflichtungen erfüllt werden sollen, dann muß Schluß sein mit den Kämpfen um Lohn und Arbeitszeit, dann muß gearbeitet werden, länger und billiger als bisher. Dann muß der „jahrzehntelange Kampf der deutschen Gewerkschaften gegen die deutschen Arbeitgeber“ ein Ende haben und der Weg der Verständigung beschritten werden. So verkündet die Denkschrift. Einer Verständigung allerdings, wie die Unternehmer sie auffassen.

Die Denkschrift über die Lohnpolitik macht übrigens den Gewerkschaften den gleichen Vorwurf, wie die über die Arbeitszeitfrage. Diese wirft ihnen „Vorspann für die Feindstaaten“ vor; jene klagt über „unfachlich vorgebrachte Vorwürfe der Lohnbrückerlei und der Ausbeutung“, die „nicht ohne Eindruck auf die ausländische Konkurrenz und die ausländischen Regierungen geblieben sind, die in dem ihnen aus deutscher Hand gelieferten Material die Begründung für ihre Versuche finden, das Sachverständigen-gutachten dazu auszunutzen, die deutsche Wirtschaft für mehrere Menschenalter unter den Einfluß der ausländischen Konkurrenz zu bringen“. — Die armen Unternehmer, sie sind völlig zerknirscht. Die bösen Gewerkschaften, die frivolerweise Kämpfe vom Zaun brechen, die das deutsche Unternehmertum beim Ausland denunzieren, sie allein tragen die Schuld daran, daß das Gutachten Deutschland so ungeheure Lasten aufzwingt. Diese Feststellung trifft dasselbe Unternehmertum, das durch seine Zustimmung zu der Cunopolitik mitverantwortlich ist für die Ruhrbesetzung mit allen ihren Auswirkungen. Und dieses selbe Unternehmertum wagt die Behauptung, daß es sich mit der Denkschrift an die Öffentlichkeit wende „mit der selbstverständlichen Pflicht zur Wahrheit“, denn „Wahrheit allein kann die Grundlage für die innere Verständigung des deutschen Volkes werden“.

Wenn man es liest, möcht's lieblich scheinen. Allein mit der „Wahrheit“, die die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände verzapft, hat es eine besondere Verwandnis. Zugegeben, daß in neuerer Zeit die Arbeitskämpfe zahlreicher und umfassender geworden sind. Aber wessen Schuld ist das? Nicht die der Arbeiter, auch nicht der Gewerkschaften. Nein, die Schuld daran trägt allein die deutsche Kapitalistenklasse, tragen die Industriellen und Unternehmer, die auch jetzt wieder alle Lasten abzuwälzen suchen auf die überladenen Schultern der Arbeiterschaft; die jeder sozialen Erkenntnis bar auch die geringste Forderung der Arbeiter nach einer auch nur einigermaßen ausreichenden Entlohnung rücksichtslos ablehnen und damit Arbeitskämpfe direkt provozieren, die vorwiegend auch durch ihr Begehren auf Arbeitszeitverlängerung, wofür sie wirklich stichhaltige Gründe nicht anzuführen vermögen, die Arbeiterschaft gegen sich aufbringen, sie zum Kampf aufreizen. — Diese Wahrheit verschweigt die Denkschrift.

Es steht den Herausgebern der Denkschrift schlecht an, wenn sie den Gewerkschaften in der Absicht, sie in der Öffentlichkeit herabzusetzen, vorwerfen, daß sie „ein ihrer Lohnpolitik überhaupt nicht kennen und ihren Beruf, wie in der Inflationszeit, so auch bei den heutigen Verhältnissen lediglich in neuen Lohnbewegungen zu erblicken scheinen“. Dabei ist das Ziel der gewerkschaftlichen Lohnpolitik sonnenklar; es ist auch den Unternehmern durchaus nicht unbekannt, so wenig wie den Gewerkschaften das Ziel der Lohnpolitik der Unternehmer unbekannt ist, das nämlich dahin geht, durch Lohnabbau einen Druck auf die Lebenshaltung der Arbeiterschaft auszuüben, wozu nach Auffassung der Unternehmer das Sachverständigen-gutachten zwingen soll.

Gegenüber dieser Auffassung deutscher Unternehmer ist von Interesse, wie ein amerikanischer Großkapitalist, der zugleich der erfolgreichste Unternehmer ist, nämlich Henry Ford, über derartige Bestrebungen urteilt:

„Das Herabdrücken der Löhne ist die leichteste und gleichzeitig die lieblichste Art, um einer schwierigen Situation Herr zu werden, von der Inhumanität ganz zu schweigen. In Wahrheit heißt es: Die Unfähigkeit der Geschäftsführung auf die Arbeiter abzuwälzen. Wenn wir nur klar sehen wollen, so müssen wir erkennen, daß jede Depression auf dem Wirtschaftsmarkt einen Ansporn für den Produzenten bedeutet, mehr Gehirn in sein Geschäft zu stecken, durch Umzicht und Organisation zu gewinnen, was andere durch Drücken der Löhne zu überwinden suchen. Mit Lohn experimentieren, bevor eine allgemeine Aenderung erreicht ist, heißt den eigentlichen Schwierigkeiten aus dem Wege gehen. Nicht man der wahren Schwierigkeit jedoch von Anfang an zu Leibe, so ist eine Lohnherabsetzung überhaupt unnötig.“

Mit derartigen Untersuchungen beschwert sich das deutsche Unternehmertum nicht. Es wählt den bequemeren Weg des Lohnendrucks und braucht deshalb auch, um mit Ford zu reden, nicht „mehr Gehirn in sein Geschäft zu stecken“. Auch das baugewerbliche Unternehmertum will den Lohndruck, wie das schon die ersten zentralen Verhandlungen über die Arbeitszeitfrage erkennen ließen. Auch die Baugewaltigen können sich die Verbilligung der Produktion nicht anders denken als durch längere Arbeitszeit und niedrigere Löhne, sie wollten deshalb für den Achtstundentag nicht mehr Lohn zahlen als für den Achtstundentag. Diesen Standpunkt vertritt auch die Denkschrift. Unter Hinweis auf die Lohnumrechnung bei Einführung des Achtstundentages im November 1918 bemerkt sie: „Heute müßte diesem Vorgange logischerweise entsprechen, daß die verlängerte Arbeitszeit mit dem unveränderten Schichtlohn durchgeführt wird.“ Dennoch, so meint sie, habe sich die Arbeitgeberschaft bereitgefunden, jede Mehrarbeit zum vereinbarten Stundenlohn zu bezahlen, so daß jede Arbeitszeitverlängerung mit einer Erhöhung des Tagesverdienstes gleichbedeutend sei. Das schreibt sich die deutsche Arbeitgeberschaft als ein besonderes Verdienst zu. Daß die Gewerkschaften sich dieser „auf gesunder wirtschaftlicher Grundlage aufgebauten Steigerung des Reallohnes“ widersetzen, wird als eine falsche Politik bezeichnet, die Wirtschaft und Allgemeinheit aufs schwerste schädigt. Vernunft wird Kasinn.

Und dann wird „bewiesen“, wie Lohnforderungen nicht nur unberechtigt und schädlich seien, sondern auch keinerlei Notwendigkeit dafür vorgelegen hätten; daß weiter höhere Löhne die Gefahr einer neuen Inflation heraufbeschwö-

ren, eine Behauptung, die ganz daneben trifft, wie schon wiederholt nachgewiesen wurde. Es geht auch nicht ohne Kritik an der Lohnpolitik des Reiches, der Länder und der Gemeinden ab, die vielfach den Gewerkschaften das Stichwort für neue Lohnforderungen gegeben habe; dabei fällt auch ein kräftiger Seitenhieb auf die „Anhänger gewerkschaftlich-sozialistischer Gedankenrichtung“, die vielfach in verantwortlichen Stellen in der Gemeinde sitzen; und auch die Schlichtungsstellen bekommen einen nicht gerade gelinden Ruffel wegen ihres nach Ansicht der Unternehmer viel zu großen Entgegenkommens an die Arbeiterforderungen.

Mehrfach erwähnt wird in der Denkschrift auch das Baugewerbe. Weil den „Bauherrn die Mittel für die Bauarbeiterlöhne fehlten“, mußten überall im Deutschen Reich Neubauten eingestellt und Bauarbeiter arbeitslos werden. Daß es durchaus nicht die Löhne allein waren, weil der Lohnanteil am Produkt heute an sich geringer ist als in der Vorkriegszeit, sondern daß die Geldnot, die Kreditbeschwerden usw. das Bauen überhaupt verhinderten, wird geschildert verschwiegen. Die Denkschrift macht sich die Sache sehr leicht: Wären die Löhne der Bauarbeiter nur halb so hoch, dann wäre die Wohnungsfrage wohl nahezu ganz gelöst. Diesen Gedanken sucht die Denkschrift zu suggerieren. Wie falsch er ist, weiß jeder, der auch nur etwas von den Dingen versteht. — Auf die Bauarbeiter hat es die Denkschrift übrigens, wie es scheint, abgesehen, sie werden die „Pioniere für ein allgemeines Hinauftreiben der Löhne“ genannt und dafür kräftig geruffelt:

„Besonders bekannt und für die Allgemeinheit schädlich ist diese Pioniertätigkeit der Bauarbeiter, die unter Nichtachtung der mit ihrem Arbeitgeber vereinbarten Tarifverträge immer wieder mit Forderungen nach Sonderzulagen an den Bauauftraggeber herantreten, und bei diesem leider nur allzu oft Erfolg haben, da ihm mit sofortiger Stilllegung eines vielleicht sehr dringlichen Neubaus gedroht ist. Die Sonderzulagen werden dann von der gesamten Bauarbeitergewerkschaft verlangt und dieser folgen dann die Lohnforderungen in der Industrie. Das Ergebnis ist am Schluß immer gewesen, daß der Wohnungsbau wegen der untragbaren Löhne ständig verteuert, Neubauten stillgelegt, die allgemeine Wohnungsnot vermehrt wurde.“

Wir können leider, abgesehen von den Uebertreibungen, die vorstehendes Zitat enthält, auch nach dieser „Abreibung“ für die Bauarbeiter keine Besserung versprechen. — In diesem Zusammenhange sei gleich noch eine Frage erwähnt, die auch in der Denkschrift angesprochen wird, die des Facharbeitermangels, unter dem nach Angaben der Unternehmer auch das Baugewerbe stark leiden soll:

„Noch immer ist das Ziel der gewerkschaftlichen Lehrlingspolitik die Schaffung eines parteipolitisch und gewerkschaftlich geschulten Nachwuchses, und nicht Heranbildung tüchtiger Facharbeiter. Wie könnte sonst noch immer der Kampf um die dogmatische Frage gehen, ob der Lehrvertrag Arbeitsvertrag oder in der Hauptsache Lehr- und Erziehungsvertrag ist. Warum fordern die Gewerkschaften die tarifliche Regelung des Lehrvertrages und die Koalitionsfreiheit der Jugendlichen? Die Antwort hierauf ist nur in einer Ueberspannung des Organisationsgedankens auf Kosten des Facharbeiternachwuchses zu finden. Denn durch solche Lehrlingspolitik können keine zur höchsten Fachleistung erzogene und berufsständige zuverlässige Facharbeiter ausgebildet werden. Sehen wir nicht gerade in der letzten Zeit, wie der Facharbeitermangel auch von Gewerkschaften künstlich durch organisierte Abwanderung von Facharbeitern ins Ausland vergrößert wird, um taktische Vorteile in der Lohnpolitik gegenüber den Arbeitgebern zu gewinnen? Hierin muß fast eine Produktionsabotage auf Kosten der deutschen Wirtschaft, auf Kosten des deutschen Volkes erblickt werden, diktiert lediglich vom Gesichtspunkte selbsttätiger Gewerkschaftstaktik.“

Soll man im Ernst gegen solche Ausführungen, die an Unwahrscheinlichkeit kaum übertroffen werden können, polemisieren? Sie verdienen nur, tiefer gehängt zu werden.

Entschieden verwahrt sich die Denkschrift dagegen, daß die Gewerkschaften annehmen, bei einer entsprechenden Beschränkung der Profitrate des Unternehmers bleibe eine Lohnherabsetzung ohne Einwirkung auf Preis und Konkurrenzfähigkeit. Eine Beschränkung der Profitrate sei unmöglich, weil sonst die Befragung des Betriebes untrag-

